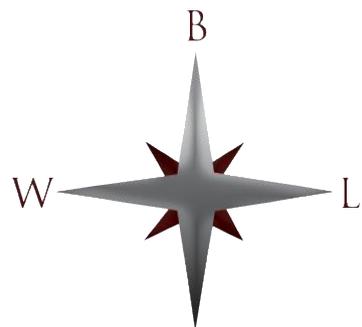


OPD DR. NILS M. FRANKE
WISSENSCHAFTLICHES BÜRO LEIPZIG

Pfaffendorferstraße 26a
04105 Leipzig/Deutschland
Telefon: 0341 58 31 469
Mail: franke@rechercheauftrag.de
Web: www.rechercheauftrag.de

**Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Einige
waren Nachbarn“ am 27.1.2024 vor der Bürgerschaft in
Arnsberg.**

(Es gilt das gesprochen Wort)



WISSENSCHAFTLICHES BÜRO LEIPZIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

gut, dass Samstag ist, denn Sonntagsreden sind nicht mein Fall. Und wir haben auch keinen Grund Sonntagsreden zu halten. Denn wenn sich vor kurzem unter Anstiftung des Österreichers Martin Sellner, eines Vertreters der sogenannten Neuen Rechten, Vertreter der AfD und andere trafen, um über Ausweisungen von Menschen aus Deutschland nachzudenken, dann sind wir alle aufgerufen, zu protestieren, auf die Straßen zu gehen und ans Rednerpult zu treten. Und da darf keine Rede eine Sonntagsrede sein!

Der Holocaust-Gedenktag bekommt durch die jüngsten Ereignisse eine Aktualität, die man sich in dieser Form nicht vorstellen konnte.

Gedacht wird an diesem Tag - symbolisch für den gesamten Holocaust - der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz.

Richten wir anlässlich dessen unseren Blick auf die Geschehnisse in diesem Lager. In einem der Projekte, das ich aktuell betreiben darf, poste ich im Internet unter der Rubrik „Heute vor 80 Jahren ...“ jeden Tag einen Auszug aus der Chronik von Auschwitz. Diese Chronik führt die wichtigsten Erkenntnisse zusammen, die wir Tag für Tag über die Geschehnisse im Lager haben. (www.antisla.de)

Was habe ich heute Morgen, bevor ich zu Ihnen kam, hochgeladen?

Es war folgender Text:

27. Januar 1944: Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz – Heute vor 80 Jahren

Ein Transport mit 948 Juden erreichte aus den Niederlanden das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. 391 Männer, 435 Frauen und 122 Kinder kamen in Eisenbahnwaggons an.

Nach der „Selektion“ wurden 190 Männern die Häftlingsnummern eintätowiert: Es handelte sich um die Häftlingsnummern 172 860 bis 173 049. Dann wurden die Männer in das Männerlager verbracht.

69 Frauen wurden ebenfalls Häftlingsnummern eintätowiert: Es handelte sich um die Nummern 74 902 bis 74 970. Dann wurden die Frauen in das Frauenlager gebracht.

Die verbliebenen 689 Personen - Frauen, Männer, Kinder - wurden zu den Gaskammern geführt und dann darin getötet.

Ich sehe jetzt mal auf die Uhr. Wir können davon ausgehen, dass jetzt – heute vor 80 Jahren - gerade die „Selektionen“ bei den Waggonen liefen.

Oft höre ich bei diesen Berichten von Studierenden die Anmerkung. „Oh mein Gott! Aber wenigstens hat man nicht alle Personen gleich umgebracht. Einige hatten eine Chance zu überleben!“

In meiner Antwort werde ich dann ziemlich präzise. Stellen Sie sich z. B. einen Vater von drei Kindern vor, der mit seiner Frau und seinen Kindern dort ankam. Er bekam eine Nummer eintätowiert und wurde dann in das Männerlager verbracht. Natürlich galt seine erste Frage an seine Mithäftlinge: „Wann werde ich meine Frau und meine Kinder in diesem Lager wiedersehen, wann gibt es die Besuchszeiten zwischen Männer- und Frauenlager?“

Wir kennen viele Männer und Frauen, die, nachdem sie das unmittelbare Schicksal ihrer Angehörigen begriffen hatten – und man konnte aus dem gesamten Lager die Schornsteine der Krematorien sehen – beschlossen, Selbstmord zu begehen.

Vor diesem Hintergrund ist es empörend – man kann gar keinen Ausdruck dafür finden – wenn es heute ein junger Mann aus Österreich wagt, dem man meiner Meinung nach schon vom Haarschnitt her ansieht, dass er den Haarschnitt der SS imitiert, dass er es wagt, nahe Berlin wieder von Ausweisungen zu fabulieren!

Sie waren alle Nachbarn.

Die Menschen, die Opfer des Holocausts wurden, waren alle Einzelpersonen, jede Person ein Individuum, einmalig.

Natürlich können wir Verbindungen unter ihnen herstellen, soziale Gruppen bilden. Die Sinti und Roma, die Juden, die Zeugen Jehovas, die Homosexuellen, die Sozialdemokraten, die Kommunisten usw. Manche Person gehörte zu der einen, Manche vielleicht zu einer anderen Gruppe. Aber eines ist sicher: **Sie waren alle Nachbarn und sie hatten alle Nachbarn!**

Und deshalb ist der Titel und der Ansatz dieser Ausstellung sehr gut gewählt.

Sie waren alle Nachbarn von irgendjemandem. Nachbar sein heißt, jemanden zum Nachbar haben und diesem auch ein Nachbar zu sein. Es ist also immer ein reflexives, ein gegenseitiges Verhältnis.

Nicht immer muss man ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarn haben, oft ist es auch ein schwieriges oder allzu oft ein gleichgültiges.

Doch Streit mit jemandem zu haben, war etwas anderes, als die Füße still zu halten, als in der Zeit des Nationalsozialismus die Nachbarn „abgeholt“ wurden.

Und noch etwas anderes war es, den Blockwart, die Gestapo, die NSDAP oder die Polizei darauf hinzuweisen: „Mein Nachbar ist ein Jude, ein Zeuge Jehovas, ein Kommunist oder schwul!“ Und sich dann hinzusetzen und zu warten, was passiert.

Oder als Gaffer hinzuzutreten, wenn die Menschen „abgeholt“ wurden.

Der letzte Schritt zur Enthemmung war es, selbst hinauszugehen, als die Gestapo an die Tür des Nachbarn klopfte, selbst Hand anzulegen und diesen Nachbarn mit herauszuziehen. Um vielleicht nach dem Abtransport die Wohnung zu inspizieren, sich Möbel oder sogar die ganze Wohnung anzueignen.

All dies ist geschehen, wie die Ausstellung zeigt!

Doch wie war das möglich?

Aufgabe und Pflicht von uns Historikern ist es, Phänomene wie diese zu erklären, die Verhaltens-Mechanismen dahinter frei zu legen und damit Präventionsarbeit zu leisten.

Auf zwei Punkte möchte ich Sie in diesem Zusammenhang hinweisen:

1. Das systematische Vorgehen bei der Diskriminierung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus.
2. Die Mechanismen der Konsensfiktion und der Indifferenzzone, die der Soziologe Stefan Kühl in seiner Studie „Ganz normale Organisationen“ beschrieb.

Zu 1. Das systematische Vorgehen bei der Diskriminierung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus.

Wie war nochmal die Frage, die Martin Sellner in Potsdam mit den dort Versammelten besprechen wollte? Das müssen wir reflektieren, weil es doch in den meisten Medien nicht ganz richtig wiedergegeben wurde.

1. Es ging nicht um die Frage, ob Menschen mit Migrationshintergrund deportiert werden sollen. Diese Frage war für die Teilnehmer in Potsdam schon vorher entschieden, das war Konsens. Aber die Frage war: Was kann der Einzelne in seiner Position dafür tun, wenn er die Macht dazu hat? Was könnte Herr Sellner dazu tun, oder Herr Hartwig, die rechte Hand von Frau Weidel, Co-Vorsitzende der AfD. Wer hätte welche Möglichkeiten?
2. Konsens war auch: Es ging um Menschen mit Migrationshintergrund, diese würden betroffen sein.
3. Worauf ich aber nochmal hinweisen möchte, ist die Aussage: Es ging auch um Menschen mit Migrationshintergrund mit deutschem Pass! Die Meisten denken dabei z. B. an die Nachfahren der sogenannten Gastarbeiter aus der Türkei oder Ex-Jugoslawien. Ich aber sage Ihnen, denken Sie nochmal etwas tiefer nach.

Was bitte waren die Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945? Sie waren korrekt gesagt „Deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“. So wie es „Deutsche Staatsbürger katholischen Glaubens“ oder „Deutsche Staatsbürger evangelischen Glaubens“ gab.

Kurz gesagt: Geht es um die Frage der Ausweisung von „Menschen mit Migrationshintergrund mit deutschem Pass!“, dann ist es nur eine Frage der Definition des Gesetzgebers, wo er beim Migrationshintergrund des Einzelnen die Grenze zieht: Bei zwei deutschen Eltern, bei vier deutschen Großeltern, gehört der Islam zum Deutsch-Sein? Ist es deutsch, homosexuell oder lesbisch zu sein? Können behinderte Kinder Deutsche sein?

Genau das war der Weg, den die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme gingen. Man definierte staatlich, wer zur deutschen Nation gehörte und wer nicht.

In der ersten Phase ihrer Diskriminierung, in der Phase von 1933 bis 1935, wurden die „Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ politisch, kulturell und vor allem

wirtschaftlich unter Druck gesetzt. Sie alle kennen die Aufrufe oder Schilder: „Kauft nicht bei Juden!“ Ein weiteres Beispiel war die Versetzung der jüdischen Beamten in den Ruhestand. Sie hatten dort, in der öffentlichen Verwaltung aus Sicht der Nationalsozialisten keinen Platz mehr.

In der zweiten Phase der Diskriminierung von 1935 bis 1938 schränkte man sie durch die „Nürnberger Gesetze“ ein. Ab jetzt wurde unterschieden zwischen - man höre genau hin – „Reichsbürgern“ und Staatsangehörigen. Juden waren Staatsangehörige und hatten mindere Rechte als die Reichsbürger.

So wurde z. B. geregelt, dass Ehen zwischen vermeintlichen Ariern und Juden von einem auf den nächsten Tag nichtig waren

Es wurde z. B. geregelt, dass Juden keine „deutsche“ Haushaltshilfen haben durften usw.

Bis 1939 wurden auf den Nürnberger Gesetzen aufbauend 250 antijüdische Maßnahmen verkündet. In einer Verordnungswut wurde bis in die Details in ihr Leben eingegriffen, ihre Rechte eingeschränkt oder ihnen genommen.

Die dritte Phase der Diskriminierung begann 1938 mit der sogenannten Reichspogromnacht. Das war der Übergang zur offenen Gewaltanwendung. In zahllosen Aktionen wurden jüdische Geschäfte zerstört, etwa 250 Synagogen in Brand gesteckt, zahllose Menschen misshandelt und gequält, etwa 20 000 Juden in Haft genommen und 36 getötet. Den Schaden mussten die Juden selbst bezahlen.

Damit waren sie endgültig aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen, sie waren die Parias am Rande der „deutschen Nation“. Ohne finanzielles Einkommen verarmten sie. Sie konnten sich keine neuen Kleider leisten, konnten keine neuen Brillen kaufen, konnten nicht mehr Straßenbahn fahren. Und wer wollte schon mit solchen Menschen etwas zu tun haben? Wäre es nicht besser, sie würden verschwinden, fragten sich viele.

Die letzte Phase begann mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die Juden wurden zunächst in Polen und dann auch aus Deutschland, Österreich, Tschechien usw. Richtung Osten deportiert.

Es folgte der Holocaust, die industrielle Vernichtung wie z. B. in Auschwitz.

Ich hoffe, es wird damit noch deutlicher, wie perfide die Frage von Martin Sellner in Potsdam war? Was kann der Einzelne in seiner Position für die vermeintliche Remigration von Menschen mit Migrationshintergrund tun, wenn er die Macht dazu hat? Am Ende eines solchen Gedankens steht die Frage: Wer ist deutsch? Und das legen dann nicht Sie und ich fest, sondern andere.

Zu 2 Die Mechanismen der Konsensfiktion und der Indifferenzzone gemäß dem Soziologen Stefan Kühl

Mit den soziologischen Begriffen **Konsensfiktion** und **Indifferenzzone** können wir sehr genau analysieren, warum wenige Menschen gegen das „Abholen“ von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus einschritten.

Ausschlaggebend für das diskriminierende Handeln von Tätern, für die Unterstützung durch Mitläufer und Gaffer und für die Passivität von Bürgern gegen das genau dieses diskriminierende Handeln von Tätern ist aus der Sicht des Soziologen Stefan Kühl der schleichende Prozess hin zur Konsensfiktion.

Konsensfiktion hat zwei Aspekte:

Auf der einen Seite die Veränderung von Werten und Normen.

Und auf der anderen Seite die Vorstellung, dass hierzu ein Konsens gäbe, eine Übereinstimmung bestehe.

1. Zur Veränderung von Werten und Normen.

In der ersten Phase der Diskriminierung der Juden im Nationalsozialismus wurde u. a. die Norm gesetzt: „Ein Jude kann nicht aktiver Beamter in dem „neuen deutschen Staat“ sein“. Ich habe das schon dargestellt.

Kein historisches, sondern ein aktuelles Beispiel ist heute der Versuch, eine Konsensfiktion mit der Aussage: „Der Islam gehört **nicht** zu Deutschland“ herzustellen.

Diese Aussage „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ hat mehrere Effekte.

1. Menschen dieser Glaubensrichtung werden aus der Gesamtgemeinschaft gelöst. Sie werden als Gruppe separiert Sie werden für alle sichtbar ins Schaufenster gestellt.

2. Und: Diese Aussage durchbricht aggressiv die bestehende Wertordnung. Unser Grundgesetz bestimmt, dass Religion Privatsache ist. Nun wird aber frech ein neuer negativer Wert gesetzt. Der Islam sei nicht deutsch.

Hier wird also eine bestehende Norm „In der BRD herrscht Glaubensfreiheit“ angegriffen und versucht, sie durch eine neue Norm zu ersetzen: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“.

Damit hat man eine neue Norm frech gesetzt, aber wie bringt man sie in die Köpfe?

2. Zur Herstellung der Vorstellung, dass diese Wertverschiebung richtig sei.

Das geschieht durch stete Wiederholung der Aussage und fehlende Bereitschaft, darüber zu diskutieren. Man sagt nicht: Ach wissen Sie, ich denke, der Islam gehört nicht zu Deutschland, was denken Sie?

Nein, der Satz wird so verkündet, als bestehe hier ein gesellschaftlicher Konsens, eine Übereinstimmung. Und er wird so oft wiederholt wie möglich, damit immer mehr Menschen ihn hören, teilen, als normal empfinden oder aber sogar vertreten.

Konsensfiktion bedeutet die Etablierung einer neuen Norm in den Köpfen der Menschen, der **scheinbar** die Mehrheit zustimmt - gegenüber einer bestehenden Norm.

Ist dieser Vorgang erfolgreich vollzogen, dann können darauf aufbauend Maßnahmen ergriffen werden.

Zum Begriff der Indifferenzzone.

Damit sind wir beim zweiten Begriff von Stefan Kühl, dem der Indifferenzzone: Sie besagt, dass nicht genau klar ist, was aus der Normenverschiebung folgt. Wenn der Islam nicht zu Deutschland gehört, was folgt dann daraus?

Die Menschen fragen sich: Muss man den Kontakt zum islamischen Nachbarn einschränken? Ist es gut, wenn sich die eigenen Kinder mit deren Kinder treffen? Ist Gewalt nicht doch ein bestimmender Teil des Islam?

Mit der Veränderung der Norm werden Maßnahmenspielräume erweitert, die absichtlich nicht klar definiert sind.

- Den guten Nachbarn wird das nicht anfechten. Er wird weiter mit seinen Nachbarn verkehren.
- Der gleichgültige Nachbar bemerkt das gar nicht.
- Der schlechte Nachbar oder der Parteigänger aber hat nun eine Grundlage, sein schlechtes Verhältnis weiter auszubauen und vor allem zu begründen.

Wird dann eine Norm leitend für das Handeln des Staates oder der Kommune, dann kommen vier weitere Aspekte hinzu:

1. Der erste Aspekt ist die Macht der Anonymisierung von Maßnahmen: Hat sich eine Norm durchgesetzt und wird z. B. vom Staat vollzogen, dann wird oft angenommen, das wäre schon richtig so. Und es gehört viel Mut dazu, sich der Abholung des Nachbarn entgegenzustellen.
2. Die Einschüchterung durch eine mögliche Gewaltanwendung. Die Exekutive eines Staates hat die Möglichkeit, Gewalt anzuwenden. Wie hieß es in solchen Fällen oft: „Wenn Sie sich hier einmischen, nehmen wir sie auch gleich mit!“ Das schüchtert ein. Nachbarn ziehen sich zurück.
3. Damit verbunden ist die tatsächliche Gewaltanwendung. Der schlechte Nachbar, der aufbauend auf einem scheinbaren Konsens den anderen Nachbarn quält.
Tatsächlich ausgeführte Gewalt schüchtert die meisten Menschen ein.
4. Und viertens: Manche zieht sie an. Das sind dann die Gaffer, die öffentlich zusehen, wie ihre Nachbarn misshandelt werden. Und die durch ihr fehlendes Eingreifen suggerieren: Das ist gut so, macht weiter. Die Konsensfiktion wird durch sie besonders gestärkt.

Mit diesem soziologischen Instrumentarium können wir sehr genau analysieren, warum wenige Menschen gegen das Abholen von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus einschritten.

Und dabei haben wir noch nicht über die niederen Instinkte gesprochen, die auch handlungsleitend sein können oder es immer noch sind.

- Die Gier, sich die Wohnung des anderen anzueignen.
- Die Sucht nach Anerkennung, bei der neuen Bewegung im Staat mit dabei zu sein.
- Die eigene Aufwertung, die Vorstellung einer überlegenen Herrenrasse anzugehören.
- Usw.

Rechtsextremisten wie Martin Sellner oder der Vordenker der Neuen Rechten, Götz Kubitschek, haben diese Prozesse ebenfalls verstanden. Sie nennen das „Metapolitik“.

Metapolitik beinhaltet alle Versuche, Normenverschiebungen in der Gesellschaft voranzutreiben. Aktuell scheinen Martin Sellner und die AfD den Eindruck zu haben, dass diese Normenverschiebung gut gelungen oder auf gutem Wege sei. So dass sie bereits jetzt über tatsächliches Handeln und Maßnahmen nachdenken sollten. Deshalb das Treffen in Potsdam.

Um dieser Normenverschiebung, die der Anfang allen Übels ist, entgegenzutreten, ist es im Moment so wichtig, Gesicht zu zeigen, an das Rednerpult zu gehen, Ausstellungen zu eröffnen wie diese und mit dem Nachbarn zu sprechen.

Sie kennen sicher den Klagetext von Martin Niemöller:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

– Martin Niemöller

Es ist ein guter Text, dieser Text von Martin Niemöller.

Denn er zeigt: Wir dürfen von Beginn an nicht schweigen! Wir müssen von Beginn an klar und unmissverständlich Position beziehen. Und das bedeutet auch: Heute und jetzt!

Vielen Dank.